

Die banale Seite der Macht: Politik als Beruf heute - und morgen

Hitzler, Ronald

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hitzler, R. (1994). Die banale Seite der Macht: Politik als Beruf heute - und morgen. In H. Berking, R. Hitzler, & S. Neckel (Hrsg.), *Politikertypen in Europa* (S. 280-295). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-52642>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute – und morgen¹

Imperator: »Ich spüre eine starke Erschütterung der Macht.« – Lord Darth Vader:
»Auch ich empfinde das so.«

Das Imperium schlägt zurück

Darüber, daß wir in einer politischen Legitimationskrise stecken, scheint es – zumindest in westlichen Demokratien – eine Art Zeitkonsens zu geben. Strittig ist hingegen die Frage, woher diese Krise kommt und vor allem, wen oder was sie denn nun tatsächlich betrifft. Manche Diagnostiker sehen vor allem die sogenannte ›politische Klasse‹ in der Krise, sehen deren Korruptionsanfälligkeit steigen und zugleich ihre Personaldecke zerbröckeln. Andere erkennen im Zustand der politischen Klasse lediglich die avancierte Manifestation einer insgesamt verrotteten bzw. zumindest verrottenden politischen (Spät-)Kultur. Wieder andere sehen (wieder einmal) das tradierte politische System sozusagen seine eigenen Widersprüche hervortreiben. Und schließlich drängt mit Nachdruck auch jene Deutung auf den Meinungsmarkt, derzufolge wir uns in einem fundamentalen Strukturwandel hin zu einer ›anderen‹ Moderne befinden, angesichts dessen unsere sozialen Steuerungsmittel in toto zunehmend ›ins Leere‹ laufen und demgegenüber insbesondere überkommene politische Konzepte nachgerade zwangsläufig versagen (vgl. Beck 1993) – was bei der politischen Klasse eine zwar immer hektischere, aber zugleich auch immer ›kopflösere‹ Betriebssamkeit (und Aufgeregtheit) auslöst.

Damit stellen sich einige analytisch relevante Fragen. Zunächst deskriptive: Was ist ›typisch‹ am traditionellen Berufspolitiker, und warum erscheint er uns heute so unzeitgemäß für morgen? Dann empirische: Wo kommt sie her, die Personal-Krise der etablierten politischen Klasse, und was befördert sie? Und schließlich handlungspraktische: Welche inszenierungstechnischen Konse-

quenzen müßten sie aus dieser Krise ziehen, die erfolgsorientierten Planungsstrategen und Personalmanager dieser politischen Klasse?

1. Der traditionelle Berufspolitiker

Wer (hier und) *heute* Politik überhaupt und wer vollends Politik als Beruf betreibt, zu dessen geringsten Sorgen dürfte wohl das zählen, was Max Weber noch so nachdrücklich beschworen hat, nämlich daß er sich »mit den diabolischen Mächten« einläßt, »die in jeder Gewaltsamkeit lauern« (Weber 1980, S. 557). Wer sich heutzutage entschließt, Politiker zu sein, der stellt sich damit zunächst einmal *grundsätzlich* – und wohl doch eher bereitwillig als gezwungenermaßen – auf die Bühne öffentlichen Interesses. Anders ausgedrückt: Was immer jemand, der sich entschlossen hat, Politiker zu sein, tut oder läßt, es kann bedeutsam werden für seine politische Existenz.

Daran, daß dem so ist, bestehen mannigfaltige Interessen – wohlgemeinte ebenso wie boshafte. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie zwingen den Politiker, den Anschein opportunen Verhaltens – wem oder was gegenüber auch immer – zu erwecken. Sie zwingen ihn, ein Schau-Spiel zu spielen, dessen Dramatik darin besteht, stets dessen ›Liebling‹ sein zu müssen, dessen Wohlwollen man gerade (wozu auch immer) bedarf.

Das ist zunächst einmal eine Folge davon, daß ein Politiker zu sein heute eben typischerweise vor allem bedeutet: seine vorgängigen Überzeugungen auf einer ›Ochsentour‹ durch zeitaufwendige und ehrenamtliche Kleinstengagements so lange mit den Vorstellungen einer lokalen bis regionalen Parteibasis abzustimmen, bis man so ›mehrheitsfähig‹ geworden ist, daß man zum Kandidaten und Mandatsträger gewählt wird. Dergestalt zum Repräsentanten eines kollektiven politischen Willens avanciert und Mitglied nun eines entsprechend (mehr oder weniger) ›hohen Hauses‹ hat man eben ein Dauerproblem: man ist, zur Realisierung politischer Absichten und zur Sicherung des eigenen Fortkommens (oder zumindest des eigenen Verbleibens in Ämtern und Würden), auf die Gunst anderer angewiesen.

Diese anderen ziehen keineswegs ›am gleichen Strang‹, vielmehr zerren sie den Politiker sozusagen ›in alle Richtungen‹, in die Richtungen eben ihrer jeweils eigenen Interessen: die schon erwähnte

Parteibasis, die tatsächlichen und die potentiellen Wähler, die Kollegen im Parlament, die Mitarbeiter des Politikers, die Beamtenschaften, die Lobbyisten, die Journalisten – um nur einige der augenfälligsten Inanspruchnehmer zu nennen –, vor allem aber eben: die Parteiführung und (durchaus nicht immer in die gleiche Richtung zeigend) die Fraktionsspitze.

Da man mithin bald Diesen und bald Jenen ›braucht‹, und da man vor allem niemals weiß, ob man nicht Diesen oder Jenen auch einmal ›brauchen‹ wird oder auch *wieder* einmal ›brauchen‹ wird, tut man gut daran, seine eigenen Ambitionen möglichst flexibel zu *halten* oder zumindest flexibel zu *formulieren*. Die von mir schon verschiedentlich annoncierte (vgl. Hitzler 1991 und 1992) überparteiliche Checkliste mit den wichtigsten ›Bedingungen‹ für eine erfolgreiche Politikerkarriere beinhaltet deshalb ganz simpel, daß man unter anderem glaubhaft machen muß, daß man *kompetent* ist (aber nicht arrogant), *loyal* (aber nicht unterwürfig), *selbständig* (aber nicht eigenbrötlerisch), *ehrlich* (aber nicht naiv), *engagiert* (aber nicht verbohrt), *sachlich* (aber nicht leidenschaftslos), *informiert* (aber nicht überlegen), *wortgewandt* (aber nicht redselig), *kämpferisch* (aber nicht rücksichtslos), *konsenswillig* (aber nicht opportunistisch). Im übrigen ist es in der Regel von Vorteil zu versichern, daß man zwar ›mit ganzer Kraft‹ sich der Politik verschrieben hat, daß diese aber gleichwohl keine Obsession sei, und zu demonstrieren, daß man (vor allem) für eine politische Überzeugung lebt, und nicht (bzw. allenfalls ›zufällig‹ auch) *von* einer solchen.

Wenn man nun dergestalt die *dramaturgischen* Elemente des Politikerdaseins ins Auge faßt, dann liegt allerdings die Versuchung allzu nahe, alles, was man in den Blick bekommt, als strategisch absichtsvoll zu hypostasieren. Dann erscheint der Politiker dem argwöhnischen Betrachter schnell als begnadeter Mime und gewitzter Regisseur, als geheimnisvoller Drahtzieher und ränkereicher Fadenspinner, als ausgebuffter Taktiker und kaltblütiger Machiavellist. Nun sind derlei Fähigkeiten und Begabungen für das Überleben in der Sinnwelt des Politischen sicherlich von Nutzen: Wer hier Erfolg sucht, der kommt kaum umhin, sich sozusagen in Permanenz auf die kalkulatorische Lauer zu legen, damit rechnend, daß jeder (auch er selber) letztlich darauf angewiesen ist, sich auf Kosten eines anderen wem gegenüber auch immer zu profilieren. Gleichwohl ist das meiste von dem, was der Politiker so tut, wenn er ›Politik macht‹, weniger

individuelle *Strategie* eines Akteurs als kollektiver *Habitus* eines Berufsstandes.

Anders ausgedrückt: Der Berufspolitiker (hier und) heute erscheint symptomatischerweise als interessenabhängiger, unselbständiger Sachzwangsverwalter, der sich mit anderen weisungsgebundenen Mandatsträgern versammelt, um andernorts getroffene Entscheidungen registrieren zu lassen (vgl. Leibholz 1958, S. 94). Deshalb betätigt er sich gegenüber seinen Wählern und Förderern wenigstens gerne als ›Sozialmakler‹ (vgl. Boissevain 1978): Er verspricht und verteilt vorzugsweise Ressourcen ›aus fremden Taschen‹ – aus öffentlichen, aber auch aus privaten. Und im übrigen hat sich der typische Berufspolitiker eben sichtlich »auf die Legitimation von Folgen spezialisiert, die (er) weder verursacht hat noch wirklich vermeiden kann« (Beck 1986, S. 343).

2. Das populäre Krisenszenario

Daß damit keine spezifisch *deutsche* Malaise angesprochen ist, auch wenn sie hierzulande nach der Vereinigung besondere postoperative Komplikationen zeitigt, das zeigt schon der nur mäßig interessierte Blick über die nach wie vor real existierenden Grenzen zum westlichen Europa hinweg²: Nachgerade überall erodieren die je national tradierten politischen Institutionen. Die – nach alten Mustern auf der Basis fader zwischenstaatlicher Kompromisse bürokratisch installierten – ›neuen‹ Euro-Normierungen umweht mehr als nur der Hauch des Absurden. Und die die einen wie die anderen ›Fiktionen‹ verwaltenden, vertretenden und verkündenden Akteure, die nationalen und supranationalen politischen Klassen also, geraten legitimatorisch in die Defensive, ins Stammeln und – wie es scheint: nicht mehr nur gelegentlich – ins Schleudern.

Diese Diagnose darf als nicht nur unter Polit-Kritikern bekannt vorausgesetzt werden, spätestens seit Erwin K. Scheuch sie auf dem ›heißen Stuhl‹ bei RTL Plus als eine seiner Hauptthesen deklariert hat: »Die Politik hat abgehoben und ist nicht mehr beratungsfähig.« Das ist volkstümlich formuliert und selber politisch clever mitten hinein plazierte in das allgemeine Unbehagen an der Parteienherrschaft. Es sind, so das zentrale Argument aus Köln, die Cliquen und die Klüngel, die die politischen Karrieren befördern oder verhin-

dern, und es sind mithin die Anpasser und Schönredner, die zuerst die Karrieren und infolgedessen dann auch die Politik machen. Das nach Scheuchs und Volkesmeinung nunmehr auf dem Tisch der öffentlichen Wahrnehmung liegende Resultat davon ist eine substantielle Politikunfähigkeit der Politiker bzw. der – anscheinend fast so schwer wie die Mafia faßbaren – politischen Klasse der Posten- und Ressourcenschieber. Erwin K. und Ute Scheuchs – an die Parteien gerichteter – Therapieversuch: Ändert die Personalauswahl! – damit wir wieder(?) an Repräsentanten kommen, die es sich (im Sinne des Weberschen Idealtypus) leisten können, vor allem *für* die Politik statt *von* der Politik zu leben.

Dieser von den Scheuchs empfohlene Therapieversuch allerdings stellt, einmal ernst genommen, eine Aufforderung zur Selbstverstümmelung an den Patienten – also an die in der Legitimationskrise steckende Parteiendemokratie – dar, die so gravierend wäre, daß der Patient, konsequent zu Ende gedacht, die Prozedur wohl nicht überstehen würde. Würden die Parteistrategen nämlich die Scheuchschen »Thesen zu einer strukturellen Erneuerung der politischen Führung« (vgl. Scheuch/Scheuch 1992, S. 122 ff.) tatsächlich beherzigen und vor allem realisieren, dann begäben sich die Führungskader praktisch ihres gesamten Instrumentariums zur Disziplinierung einfacher Parteimitglieder und nachgeordneter Mandatsträger.

Demokratische Politik im ganzen *kann*, folgt man etwa dem in der Nachfolge von Robert Michels stehenden britischen Parteientheoretiker William J.M. McKenzie, gar nicht funktionieren, wenn die niederen Chargen in den Parteien nicht von den höheren kontrolliert werden. Denn als »ehernes Gesetz der Oligarchie« hat es ja bekanntlich schon Robert Michels selber angesehen, daß ein Parteiapparat letztlich gar nichts anderes sein kann als ein Instrument zur Selbstbehauptung der Machtelite. Und ganz in diesem Sinne hat etwa auch Pierre Bourdieu jüngst (1992, S. 174) die historische Genese des Berufspolitikers, des »Machtmenschen« also, wie er heute symptomatisch erscheint, wieder einmal strukturell skizziert: »Die Krise der Repräsentation hat ihren Ursprung ohne Zweifel in der Organisationslogik der Massenparteien und insbesondere in einer Sozialtechnologie, die im 19. Jahrhundert zu dem Zweck erfunden worden ist, die Beziehungen zwischen der Basis und ihren Führern zu gewährleisten, die aber faktisch dazu gedient hat, die Reproduktion des Apparats und seiner Führer zu sichern.«

Was die Scheuchs also vorschlagen: die in den zwar vielleicht nicht sauberen, aber jedenfalls hinlänglich verlässlichen Händen professioneller Polit-Pokerspieler befindlichen ›guten Karten‹ wieder mit den weniger ›guten‹ zusammenzuwerfen, zu mischen und nach neuen Regeln zu verteilen, das bedeutete mithin eine ›Strukturdemokratisierung‹ nun wirklich radikalster Ausprägung – nämlich nicht nur, wie bei Ulrich Beck, ›sub- bzw. subversivpolitisch‹ *gegen* das etablierte politische ›System‹ gedacht, sondern den polit-bürokratischen Machtkomplex sozusagen *von innen her*, von der eigenen hierarchischen Disziplinarstruktur her zersetzend.

Diese Folgerung ist übrigens nicht zynisch, sondern als strukturkonservativer Einwand zu verstehen. Um im Bild von der Pokerrunde zu bleiben: Wenn man insistiert, daß die Karten neu verteilt werden, dann will man vor allem das Spiel weiterspielen – und das heißt, es braucht auf jeden Fall wieder jemanden, der *mischt und gibt*. Weniger metaphorisch: Demokratisierungs-Verordnungen gegen die analytisch faßbare historische ›Logik‹ eines Ist-Zustandes hebeln zwar gelegentlich diesen Ist-Zustand aus, verändern aber nicht das ihm zugrundeliegende Prinzip. Max Weber hat in diesem Sinne einmal von der unwiderstehlichen Macht bürokratischer Organisationen gesprochen, und Vilfredo Pareto z.B. hat das Phänomen in seiner Theorie der Elitenzirkulation bedacht: Strukturell gesehen geht es – im Hinblick auf die erforderliche Handlungs-›Logik‹ – darum, daß (relativ) viele Menschen dazu gebracht werden müssen, (relativ) wenige Menschen als ihre (politischen) Repräsentanten anzusehen und zu legitimieren.

Eben im Hinblick auf diese ›Logik‹ der Herrschaft also kriselt es aktuell wieder einmal im repräsentativdemokratischen ›System‹ und damit im Berufsbild des Politikers. Man kann nun z.B., mit den Scheuchs und im Anschluß an ›klassische‹ konservative Elitetheorien schlechthin, argwöhnen, daß irgendwelche ›Drahtzieher‹ das vorhandene Personal durch eigennützige, vom (wie auch immer zu eruierenden) Kollektivinteresse her gesehen jedoch unzweckmäßige Ausleseprozesse ›schlecht‹ plazieren – was im übrigen ja nach Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca einer durchaus realistischen Einschätzung der ›classe politica‹ und ihrer Herrschaftsprinzipien entspräche. Man kann sich stattdessen aber auch staatsbürgerlich loyal geben gegenüber der ›formula politica‹ – und glauben, daß alle Macht (jedenfalls irgendwie und letztlich doch) auf dem Willen des

Volkes beruhe. D.h., man kann auch unterstellen, daß es – gegen Moscas Argwohn – *nicht* der Abgeordnete ist, der sich von den Wählern auswählen läßt, sondern daß es tatsächlich die Wähler sind, die ihren Deputierten auswählen, daß also unsere Politiker doch hinlänglich dem entsprechen, was wir bislang offensichtlich – nämlich durch unser Wahlverhalten dokumentiert – gewollt und mithin auch verdient haben.

Daraus wird nun neuerdings (im Frühjahr 1993) von manchen Intellektuellen und Meinungsmachern verstärkt der Schluß gezogen, daß wer moralisch so ›verkommen‹ sei, wie ›wir alle‹, nicht bei seinen Repräsentanten auf hohe Integrität pochen könne. Diese Position kehrt also die Last ›vorbildlichen‹ Verhaltens schlicht um und fordert perfiderweise, die Bürger sollten den Politikern – radikaler gesagt: die Beherrschten sollten den Herrschenden – mit gutem, nein: besserem Beispiel vorangehen. Derlei Zynismen scheinen für die medialen Politikkommentatoren um so mehr an Attraktivität zu gewinnen, je weniger publizistische Meriten man noch dadurch erwerben kann, daß man das allgemeine Unbehagen an der politischen Klasse eben (wie schon zu viele andere zuvor) auch noch einmal artikuliert. Aber auch solche (billigen) Umkehrschlüsse vermögen nicht mehr darüber hinwegzutäuschen, daß – warum auch immer – der von unseren gewählten Volksvertretern repräsentierte Politikertypus zwischenzeitlich (vorsichtig ausgedrückt:) obsolet wird bzw. bereits geworden ist.

3. Irritationen der politischen Klasse

Offenkundig jedenfalls: Die etablierten politischen Führungskader büßen gegenwärtig mehr und mehr von ihrem Ansehen und ihrer Glaubwürdigkeit ein. Und famoserweise wirken eben jene Akteure, um die es dabei wesentlich geht, eifrig dabei mit, sich gegenseitig ›abzuhalfen‹: Ein Großteil jedenfalls der (im Frühjahr 1993) aktuellen ›Affären‹ – bei denen es im Kern immer um Diskrepanzen zwischen den nachgerade täglichen moralischen Appellen von Politikern an die Bevölkerung und deren eigenem ›zweifelhaftem‹ Verhalten geht, und die zu Rücktritten fast schon ›epidemisch‹ zu nennenden Ausmaßes führen – wird ›von innen‹, also aus der politischen Klasse selber heraus lanciert und angezettelt (vgl. zu der dabei wirk-

samen ›Logik‹ auch Ebbighausen/Neckel 1989, Käsler u. a. 1992, so wie Moser 1989).

Das hängt wahrscheinlich nur unwesentlich damit zusammen, daß gegenwärtig besonders viele Debütanten und Dilettanten über das politische Parkett schlittern, und es hängt wohl auch nur zum kleineren Teil damit zusammen, daß die (im weitesten Sinne verstandenen) Selbstbedienungs-Pfründe für die politische Klasse knapper werden und mithin heftiger umkämpft sind (daß also manches, was wie ein Futtertrog aussieht, sich dann doch unversehens als Fettnäpfchen entpuppt). Plausibler scheint auf jeden Fall ein sozusagen ›struktureller‹ Verdacht zu sein: Die derzeit etablierte politische Klasse ist spezialisiert auf die Verheißung von Sicherheit und die Verteilung von Zuwächsen, und das heißt, sie ist steuerungstechnisch eingestellt auf ›immerwährende‹ Prosperität (vgl. Lutz 1984) und legitimatorisch angewiesen auf die Aufrechterhaltung des ›Glaubens‹ an Prosperität. In dem Maße, in dem diese Prosperität ausbleibt, ist diese Klasse deshalb *insgesamt* gefährdet.

Und die Prosperität bleibt – entgegen allen dermaleinst aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus gespeisten Hoffnungen und allen ebenso vollmundigen wie verantwortungslosen wahltaktischen Verheißungen – bislang in der Tat aus: Die wirtschaftliche Entwicklung retardiert ebenso wie (weniger augenfällig, aber längerfristig vermutlich weitaus problematischer) die *zivilisatorische*. Der politischen Klasse fehlt es vor diesem Hintergrund nicht nur an ›Erfolgsrezepten‹, es fehlt ihr zusehends bereits an taktischen Konzepten, um sich ohne ›Gesichtsverlust‹ auch nur durch die drängendsten Aufgaben ›des Tages‹ hindurchzuwursteln.

Wenn sich aber die Probleme nicht beseitigen lassen, dann liegt es nahe, sich darauf zu konzentrieren, die ›Konkurrenz‹ zu beseitigen. Und da die Konkurrenz in der Politik bekanntlich, zumindest potentiell, überall ist, nimmt die Aufdeckbereitschaft zwischen den Mitgliedern der politischen Klasse im Verhältnis zu ›normalen‹ Zeiten dementsprechend sprunghaft zu. Während früher doch eher galt, daß ›eine Krähe der anderen kein Auge aushackt‹ (jedenfalls nicht ohne Not bzw. ohne relativ sicher relativ dauerhafte Vorteile daraus zu ziehen), grassiert gegenwärtig das personale Enthüllungsfieber, scheint man sich in den einschlägigen ›Kreisen‹ (grosso modo: aus Politikern, Bürokraten, Journalisten und Lobbyisten) fast schon in einen politischen Exekutionsrausch hineinzutreiben und hineinzu-

steigern – und das keineswegs nur *zwischen* den Parteien und den institutionalisierten Interessengruppierungen, sondern auch (und gerade) *innerhalb* der verschiedenen ›Lager‹.

Wahrscheinlich sitzt das Problem aber *noch* tiefer, als der Blick auf die kompensierte Ratlosigkeit der Eliten in diesem Stadium von ›Null- bzw. Minuswachstum‹ erkennen läßt. Es sieht so aus, als manifestiere sich – technischer ausgedrückt – am *politischen* Personal einfach besonders augenfällig bzw. frühzeitiger sichtbar werdend, eine (global sich vollziehende) gesellschaftliche Struktur(wandel)-krise. Zumindest (aber zweifellos nicht nur) *politische* Routinen laufen, wie es scheint, allmählich *prinzipiell* ins Leere: Steuerungskonzepte, die – lange Zeit – funktioniert haben, greifen deshalb immer weniger, weil sich das *Gesamtszenario* grundlegend verändert: nach der Ablösung des (die globale Gesamtlage ironischerweise stabilisierenden) Ost-West-Konfliktes durch ein bislang nahezu regellos erscheinendes Gewirr von – jedenfalls vorläufig noch – (›kalten‹ und ›heißen‹) Klein-Kriegen im zwischenstaatlichen Verkehrsraum³ und unter den Bedingungen (mitunter dramatisch) veränderter Ungleichheitslinien und immer neu aufbrechender Interessengegensätze in inner- und zwischenstaatlichen Arenen.⁴

Eines der lange Zeit erfolgreichsten – auf Machiavellis Kunstlehre politischen Handelns wie auf Moscas und Paretos Elitetheorien rekurrierenden – dieser überkommenen Steuerungskonzepte besagt, daß man vor allem der Masse und deren Sentiments und Ressentiments schmeicheln müsse (allerdings so unauffällig, daß die Intellektuellen im Lande nicht Alarm schlagen). Das Problem heutzutage – und morgen wohl noch gravierender – ist jedoch, daß sich ›die Masse‹ kaum noch ausfindig machen läßt, daß die großen Rekrutierungsreservoirs und Mobilisierungspotentiale zersplittert sind in nachgerade unüberschaubar viele, vielfältige, widersprüchliche und zum Teil faktisch, zum größten Teil zumindest potentiell konfligierende Teilkulturen, Milieus und Szenen, in mehr oder weniger kurzlebige Gesinnungs-, Interessen-, Zweck- und Notgemeinschaften zum einen und in sich wechselseitig eher ignorierende als tolerierende (medial ›versorgte‹) Intimgruppierungen und Monaden-Existenzen zum anderen.

Während nun aber die politische Klasse, sozusagen im blinden Vertrauen auf die Privatheits-Theoretiker der Moderne, alle diese Menschen ›draußen im Lande‹ irgendwo selbstbezogen und sozial-

vergessen an ihren ganz persönlichen Sinnkrisen herumbastelnd vermuteten, drängen – und darin liegt wohl doch zumindest *einer* der Gründe der Krise etablierter Politiker-Zirkel – die vielen einzelnen kaum noch übersehbar herein in die Gestaltungsräume des Politischen und setzen alle möglichen Angelegenheiten, auch solche, die bislang als ihre durchaus ›privaten‹ galten, auf die Agenda des öffentlich Relevanten, Verhandlungsfähigen und Durchsetzungsbedürftigen. Vor allem das durch die Bildungsexpansion produzierte Reservoir ›überschüssiger‹ Intellektueller, das nicht mehr *in* den Apparaten unterkommt, hat die Autorität bürokratisch-technokratischer Experten und politisch-ökonomischer Eliten nachhaltig – und wahrscheinlich irreversibel – ausgehöhlt.

Und infolgedessen scheint sich die politische Gestaltungsmacht nun zunehmend zugunsten aller möglicher halb- und nichtinstitutionalisierter Einspruchs- und Verhinderungscoalitionen zu verlagern. Die Frei- und Leerräume des dabei und dadurch mehr oder weniger erfolgreich ausgetriebenen Untertanengeistes jedoch füllen nun irritierenderweise nicht nur links-emanzipatorische Selbstbestimmungsideale, sondern hier machen sich aktuell immer unabweisbarer auch fast vergessene National-Chauvinismen, ethnozentrische Ressentiments und auf das Fremde gewendete Existenz- und Konsumängste breit. Es sieht so aus, als impliziere der (vorläufige) Wegfall des ›großen‹ Feindbildes die Notwendigkeit, nunmehr schleunigst eine Reihe ›kleinerer‹ zu (er-)finden (vgl. dazu auch Hitzler/Koenen 1993).

Was die Politik-Technokraten mit ihrer ›Alles ist machbar‹-Mentalität also offenbar übersehen (haben), das ist der Umstand, daß man zwar vielleicht alles machen kann – aber eben nicht mit den Leuten. D.h., die – für entwickelte Repräsentativdemokratien mit ihren bürokratischen Apparaten symptomatische – strukturelle Übertragung der bei der ›Verwaltung von Sachen‹ anwendbaren Prinzipien der Effizienzmaximierung durch formale Verfahren auf eine somit zusehends sinndefiziente ›Herrschaft über Menschen‹ zeitigt nunmehr massive dysfunktionale Konsequenzen – für die politische Klasse selber. Dieser Machtelite nämlich wird, wie schon Max Weber (1980 a) bemerkte, so lange – und, wie hier hinzuzufügen ist, *nur* solange – ›die Stange gehalten‹, so lange sie bei und mit ihren Unternehmungen *Erfolg* hat.⁵

4. Die inszenierungstechnischen Konsequenzen

Für die politische Klasse ergibt sich aus der Krise, wie basal sie auch sein mag, mithin vor allem ein *steuerungstechnisches* Problem: Es geht darum, eben ›erfolgreich‹ zu erscheinen und den Menschen den (hinlänglich glaubhaften) Eindruck zu vermitteln, daß sie in ihrem politischen (und moralischen) Wollen nach wie vor von den Politikern repräsentiert werden, die sie gewählt haben und – vor allem – die sie (auch) künftighin wählen *sollen*. Auf die Frage, was das politische (und moralische) Wollen der Menschen kennzeichne, gibt es natürlich unabsehbar viele *konkrete* Antworten. Diese Antworten lassen sich wiederum nach den unterschiedlichsten Kriterien in zahlreichen Varianten clustern.⁶ Wenn man die Frage aber sozusagen durch die Vielfalt situativer, individueller und kollektiver Interessen *hindurch* verfolgt und die allgemeinste und damit auch abstrakteste Antwort sucht, dann resultiert aus dem politischen (und moralischen) Wollen der Menschen schlechthin der grundsätzliche Auftrag an ihre Repräsentanten, unter und aus den soziohistorisch je gegebenen Bedingungen schlicht *das Beste* zu machen (wobei die Frage, was ›das Beste‹ sei, wiederum natürlich all die unzähligen, zum Großteil widersprüchlichen, ja sich wechselseitig negierenden Antworten evoziert).⁷

Vereinfacht gesagt folgt daraus, daß das Schalten und Walten der politischen Klasse so lange hinlänglich legitimiert ist, solange hinlänglich viele der Regierten den Eindruck haben, daß unter den je gegebenen Umständen das *relativ* Beste für sie getan wird. Aber eben das glaubhaft zu machen, daß die Politiker aus den *gegebenen* Umständen tatsächlich das Beste machen, gelingt derzeit offensichtlich nicht mehr. Immer unabweisbarer wird bei immer mehr der Regierten der Eindruck, daß die diskutierten, oktroyierten und implementierten politischen Lösungen eben *nicht* die bestmöglichen, sondern daß sie (weit) suboptimal sind.

Politiker, die nur noch für – euphemistisch ausgedrückt – suboptimale Lösungen stehen, werden, eben weil sie sich als *personifizierte* Lösungen inszenieren (vgl. nochmals Hitzler 1992), symptomatischerweise rasch selber als – ebenfalls euphemistisch gesagt – suboptimal betrachtet (woraus u. a. sich wiederum das zuvor beschriebene Enthüllungsgeschehen erklären läßt). Menschen wollen sich aber in aller Regel nicht von Leuten regieren (d. h., in der notwendigen

Unverblümtheit formuliert: *beherrschen*⁸⁾ lassen, zu denen sie nicht ›aufschauen‹ können. Menschen lassen sich lieber von *besseren* Menschen beherrschen, als sie selber sind. Denn warum legitimieren Menschen Menschen, über sie zu herrschen? Typischerweise deshalb, weil sie sich davon versprechen, daß es für sie besser ist, sich von ihnen beherrschen zu lassen, als wenn sie das nicht tun würden bzw. wenn sie sich von anderen als denen, die sie dafür (aus-)gewählt haben, beherrschen ließen.

Anders ausgedrückt: Die Menschen wollen, auch – und offenbar gerade wieder – am Ausgang des 20. Jahrhunderts, sich selbst in ihren Repräsentanten *in überhöhter Form in ›edlerer Gestalt‹* wiederfinden können. Das bedeutet ganz trivial, daß die sich ›heute‹ zuspitzende Legitimationskrise der politischen Klasse des traditionellen parlamentarischen Systems ›morgen‹ die plausible und glaubwürdige Konstruktion eines Politikertypus erfordert, der vor allem anderen (wieder?) überzeugend demonstriert, daß er *für* eine politische Überzeugung lebt, und nicht *von* einer solchen.

Herrschaftstechnisch formuliert: Unabhängig davon, ob der Politiker *tatsächlich* sagt, was er denkt, oder gar *tatsächlich* glaubt, was er sagt, muß er nach bestimmten politikimmanenten Regeln handeln, wenn er erfolgreich sein will. Und wesentlicher Teil dieser Regeln ist offensichtlich, glaubhaft zu machen, daß man bereit ist, auch *persönlich* für ein moralisches Anliegen einzutreten. Die Zukunft gehört damit wohl *dem* Machtmenschen, dem – im Sinne Soeffners – ›mehr‹ als nur populistische Züge eignen, der vielmehr tatsächlich *charismatische* ›Qualitäten‹ aufweist – charismatische Qualitäten hier allerdings ausschließlich in dem Sinne verstanden, daß er sich *erfolgreich* als Charismatiker *darzustellen* vermag.

Charismatische Qualitäten, so verstanden, haben zum einen auch – und künftig vielleicht zuvörderst – damit zu tun, daß man in der Lage ist, seine *Unabhängigkeit* gegenüber identifizierbaren Weisungsinstanzen glaubhaft zu machen, daß man es z. B. – und nicht zuletzt – versteht, Unabhängigkeit von und Stärke gegenüber der Parteiräson und Fraktionsdisziplin zu *demonstrieren* – nicht (notwendig) zu *haben*, aber *glaubhaft* zu demonstrieren.⁹ Und charismatische Qualitäten resultieren zum anderen eben insbesondere daraus, daß man in ›edlerer Gestalt‹, also sozusagen couragiert, wagemutig, risikofreudig, das symbolisiert bzw. für das (ein-)steht, was die Menschen ›draußen im Lande‹ in aller ›Diffusität‹ wollen, also daß man über-

höht und damit überzeugend ihre ideellen ›Zentralnormen‹ repräsentiert.

Die überaus mannigfaltigen Vorstellungen, die sich in einer mehr als pluralistischen, in einer – hinsichtlich der jedem einzelnen gegebenen Denk-, Identifikations- und Handlungsmöglichkeiten – völlig dislozierten Gesellschaft mit der Sehnsucht nach ›Heimat‹ verbinden, müssen (wieder) ausbalanciert, geordnet und ›befriedigt‹ werden. Oder um es mit Weber (1980, S. 547f) zu sagen: »Wie die Sache auszusehen hat, in deren Dienst der Politiker Macht erstrebt und Macht verwendet, ist Glaubenssache [... aber] immer muß irgend ein Glaube da sein.« Das besagt ganz einfach, daß jenseits des individuellen Strebens des Politikers »nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung« (Weber 1980, S. 506), dieser – in der Regel implizit – für den Normalbürger typischerweise noch eine zusätzliche, ›transzendente‹ Funktion erfüllen muß: die Funktion der (unterhaltsamen) *Repräsentation einer für ihn akzeptablen Idee des Gemeinwesens*, des politisch geordneten sozialen Lebens.¹⁰

Anmerkungen

- 1 Teile dieses Textes sind übernommen aus Hitzler 1993.
- 2 In Osteuropa sieht das *gegenwärtig* zwar noch etwas anders aus: Die neuen Parlamentarier stehen – wenigstens im großen und ganzen – noch für die Ablösung von den traditionellen Machteliten, für Unabhängigkeit und einen (besseren) Neubeginn. Kurz: sie haben typischerweise – noch – politischen Kredit. Aber dieser schwindet bereits, und es läßt sich unschwer prognostizieren, daß *ceteris paribus* – vor allem im Hinblick auf die (ausbleibende) wirtschaftliche Entwicklung in den osteuropäischen Ländern – sich die ›Umschlagshäufigkeit‹ des politischen (Führungs-)Personals dort alsbald ganz beträchtlich erhöhen wird.
- 3 Politik ›im Rahmen‹ des Ost-West-Konflikts war eine in ihren Grundzügen vorentschiedene, vor-ausgehandelte Politik: im Prinzip war die internationale ›Hackordnung‹ stabil. Jetzt aber steht wieder immer mehr, jedenfalls immer mehr dessen, was unterhalb der US-amerikanischen Hegemonialinteressen rangiert, zur Disposition. Es sieht so aus, als müsse einmal mehr aufs neue ›ausgefochten‹ werden, wer wo und in bezug worauf welche Rolle spielt, wer mit wem gegen wen zusammengeht usw.
- 4 Auf der Basis geschlechtlicher, ökologischer, religiöser, ethnischer und mannigfaltiger anderer Antagonismen brechen hier ›Verteilungskämpfe‹ um materielle Güter, um Weltdeutungen; um Kollektiv-Identitäten, um Lebensgewohnheiten und -qualitäten, um soziale Räume, Zeiten und Ressourcen.

- cen, um politische Gestaltungschancen, um Grundsatz- und Detailfragen auf und an (vgl. dazu z. B. Berking/Neckel 1987, Schwengel 1993).
- 5 Interessanterweise kündigen nicht nur die ›Menschen draußen im Lande‹ ihr Grundeinverständnis mit ihren tradierten Eliten. Im Gefolge dieses immer unüberhörbareren Murrens ›von außen‹ scheint sich aktuell auch der kleine Abgeordnete ›drinnen‹ in den Parlamenten, aber ›draußen vor den Türen der Macht‹ – wenn auch noch zaghaft – gegenüber den bestehenden Disziplinarstrukturen emanzipieren zu wollen. Die ›Wir sind das Volk‹-Parole schlägt damit bis hinein in die personellen Niederungen der Parlamente und beginnt bei den Hinterbänklern aller Couleurs bereits Wirkung zu zeigen: Man fordert mehr Mit-, ja sogar mehr Selbstbestimmung. Das Gespenst vom Ende der – Parteidisziplin garantierenden – Fraktionsoligopole geht um in den ›hohen Häusern‹. Horribile dictu: Die Politisierung des Abgeordneten droht!
 - 6 Und die versammelte Kompetenz sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsforschung z. B. streitet ja gegenwärtig wieder einmal um die richtigen Raster zur ›adäquaten‹ Abbildung gesellschaftlicher (Un-)Ordnung.
 - 7 Steuerungstechnisch relevant und gleichwohl hinsichtlich der daraus resultierenden Konsequenzen für eine gelingende Politik-*Darstellung* vernachlässigt erscheint mir aber die Einsicht, daß die Menschen in der *Regel* von ihren Politikern nicht erwarten, daß diese eine bessere Welt schaffen, sondern tatsächlich ›nur‹, aus dem, wie es nun einmal (geworden) ist, das Beste machen. Die handlungspraktische Frage dazu hat Elmar Koenen einmal in einem anderen Zusammenhang formuliert: Warum können es Politiker nicht zugeben, wenn sie (einen) Fehler gemacht haben? Denn natürlich sind ›gegebene Umstände‹ fast durchweg sozial produzierte und großteils *politisch* erhandelte Zustände. Gleichwohl kann man im Prinzip trivialerweise ›jeden Tag‹ neu anfangen, ›das Beste‹ aus dem zu machen, was wir – oder andere – uns ›gestern‹ eingebrockt haben.
 - 8 Auch demokratisch gewählte Politiker sind Menschen, die von anderen Menschen legitimiert werden, sie – für eine gewisse Zeit – zu beherrschen. Was sich historisch mit den Staats- und Regierungsformen wandelt, das ist selbstverständlich nicht das Prinzip, das sind allenfalls die sozial anerkannten, akzeptierten und mithin legitimen *Mittel* der Beherrschung.
 - 9 Claus Leggewie zufolge hat derjenige die größten Chancen, gewählt zu werden, der sich selber als am weitesten von den Parteien entfernt *darstellen* kann. D. h. vor allem, die gegenwärtig noch symptomatische *Sichtbarkeit* der historisch-strukturell bedingten Dominanz von Parteiräson und Fraktionsdisziplin gegenüber anderen Orientierungsschwerpunkten im Relevanzsystem des Politikers wird ›beseitigt‹ werden müssen. – Entweder, so mein derzeitiges Resümee, gelingt es der ›politischen Klasse‹ selber, den ›neuen‹, *unabhängigen* und *konfliktfreudigen* Typus zu ›managen‹, oder der *echte* situative ›Ungehorsam‹ der orientierungsuchenden Bürger ebenso wie der unglaublich gewordenen Parlamentarier wird über kurz oder lang ›Schismen‹ nach sich ziehen, die die politischen Kräfteverhältnisse so entscheidend verändern, daß die gegenwärtigen parlamentarischen Formal-Irritationen (z. B. über das Erstarken von Parteien am ›rechten Rand‹ des

- Spektrums und die daraus resultierende Notwendigkeit, zu einer neuen Koalitionsarithmetik zu finden) dagegen völlig belanglos erscheinen werden. M.a.W.: Sonst könnte diese scheinbare ›Marginalie‹ wenigstens zur Ablösung der etablierten politischen Klasse, wenn nicht zur Erosion der tradierten politischen Institutionen überhaupt beitragen.
- 10 Vor dieser Aufgabe scheinen nun doch unverkennbar die Zeiten des mehr oder weniger autopoetischen ›muddling through‹ der Macht- und Funktions-eliten, zumindest bis auf weiteres, vorbei zu sein. Denn wenn es die Parteien nicht schaffen, den Politikertypus zu kreieren und zu installieren, der das Bedürfnis der Menschen nach ›edler‹ Repräsentation realisiert, dann zerfällt über kurz oder lang das Gerüst, das die Bretter trägt, auf denen die politische Klasse agiert – und die vielen ihrer Mitglieder anscheinend ja doch ›die Welt bedeuten‹.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986) *Risikogesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich (1993) *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a. M.
- Berking, Helmuth/Neckel, Sighard (1987) »Politik und Lebensstile« in: *Ästhetik und Kommunikation*, H. 65–66, S. 47–57.
- Boissevain, Jeremy (1978) *Friends of Friends. Networks, Manipulators, and Coalitions*, Oxford.
- Bourdieu, Pierre (1992) *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg.
- Ebbighausen, Rolf/Neckel, Sighard (Hg.) (1989) *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt a. M.
- Hitzler, Ronald (1991) »Eine Medienkarriere ohne Ende? Fallstudie am Beispiel von Jürgen Möllemann«, in: Müller-Doohm, Stefan/Neumann-Braun, Klaus (Hg.) *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation*, Oldenburg, S. 231–250.
- Hitzler, Ronald (1992) »Die mediale Selbstinszenierung von Politikern«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Stagl, Justin (Hg.): *Staatsrepräsentation*, Berlin, S. 205–222.
- Hitzler, Ronald (1993) »Politik als Beruf heute – und morgen«, in: *Merkur* 526, S. 79–83.
- Hitzler, Ronald/Koenen, Elmar (1993) »Kehren die Individuen zurück?«, in: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): *Risikante Freiheiten*, Frankfurt a. M.
- Käsler, Dirk u. a. (1992) *Der politische Skandal*, Opladen.
- Leibholz, Gerhard (1958) *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Karlsruhe.
- Lutz, Burkhard (1984) *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a. M., New York.
- Moser, Helmut (Hg.) (1989) *L'eclat c'est moi*, Weinheim.
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute (1992) *Cliquen, Klüngel und Karrieren*, Reinbek b. Hbg.
- Schwengel, Hermann (1993) »Jenseits der feinen Unterschiede«, in: Gebauer, Gunter/Wulf, Christoph (Hg.), *Praxis und Ästhetik*, Frankfurt a. M., S. 135–147.

Weber, Max (1980) »Politik als Beruf«, in: ders., *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen, S. 505–560.

Weber, Max (1980) »Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland«, in: ders., *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen, S. 306–443.